

Hochschulfinanzierung im Föderalismus: Eine Einladung zum Trittbrettfahren?

Vortrag bei der Fachtagung
» Wirtschaftskrise und Zukunft
öffentlicher Bildung und Wissenschaft«
Berlin, 27.06.2009

Gliederung

- Theoretischer Hintergrund: Spillover-Effekte und Gefangenendilemma
- Bildungsfinanzierung: Änderungen durch die Föderalismusreform I
- Empirische Hinweise und Anreize zu Trittbrettfahrer-Verhalten
- Lösungsansätze

Theoretischer Hintergrund: Spillover-Effekte und Gefangenendilemma

- Bildung hat positive externe Effekte
Nutzen nicht nur bei Individuum, sondern auch bei Gesellschaft, anderen Individuen, Staat.
 - Individuen sind mobil
Bildung muss nicht in dem Land eingesetzt werden, in dem es erworben wird.
- ➔ Kosten und Nutzen der Bildung können räumlich und personell auseinanderfallen.**

Theoretischer Hintergrund: Spillover-Effekte und Gefangenendilemma

- Problem: Gefangenendilemma.

Beispiel: Kosten für
Ausbildung: 4
Nutzen der
Ausbildung: 6
Nettonutzen: 2

		Land B	
		<i>Ausbilden</i>	<i>nicht Ausbilden</i>
Land A	<i>Ausbilden</i>	(2, 2)	(-1, 3)
	<i>nicht Ausbilden</i>	(3, -1)	(0, 0)

- Lösung nur über verbindliche Verträge
- Bekannt aus Debatte um Ausbildungsplatzumlage

Bildungsfinanzierung: Änderungen durch die Föderalismusreform I

- Mischfinanzierungstatbestände Art. 91b GG
Eingeschränkt (Einstimmigkeitsprinzip)
 - Bildungsplanung Art. 91b GG
Durch unverbindliches Berichtswesen ersetzt
 - Finanzhilfen des Bundes Art. 104a und b GG
Geldleistungen sind zustimmungspflichtig. Starke Einschränkungen bei Finanzhilfen. Nur noch Investitionen.
- ➔ Bund hat weniger, Länder mehr Kompetenzen bekommen (Problemverschärfung).**

Empirische Hinweise und Anreize zu Trittbrettfahrer-Verhalten

Studienberechtigtenquote 2007 (in Prozent der altersspezifischen Bevölkerung)			
Bundesland	insgesamt	mit allg. Hochschulreife	mit Fachhochschulr.
Sachsen-Anhalt	56,0	47,1	9,0
Nordrhein-Westfalen	52,5	32,0	20,5
Hamburg	48,3	36,5	11,7
Hessen	47,7	30,1	17,6
Saarland	47,0	24,2	22,8
Baden-Württemberg	47,0	34,2	12,9
Bremen	44,8	34,2	10,6
Berlin	44,0	36,0	8,0
Niedersachsen	42,5	29,7	12,8
Brandenburg	41,7	34,4	7,3
Rheinland-Pfalz	41,3	29,4	11,8
Schleswig-Holstein	41,2	31,1	10,1
Thüringen	40,3	31,8	8,5
Sachsen	36,2	29,5	6,7
Bayern	35,3	22,9	12,5
Mecklenburg-Vorpommern	33,3	28,7	4,6
Deutschland	44,5	31,0	13,5

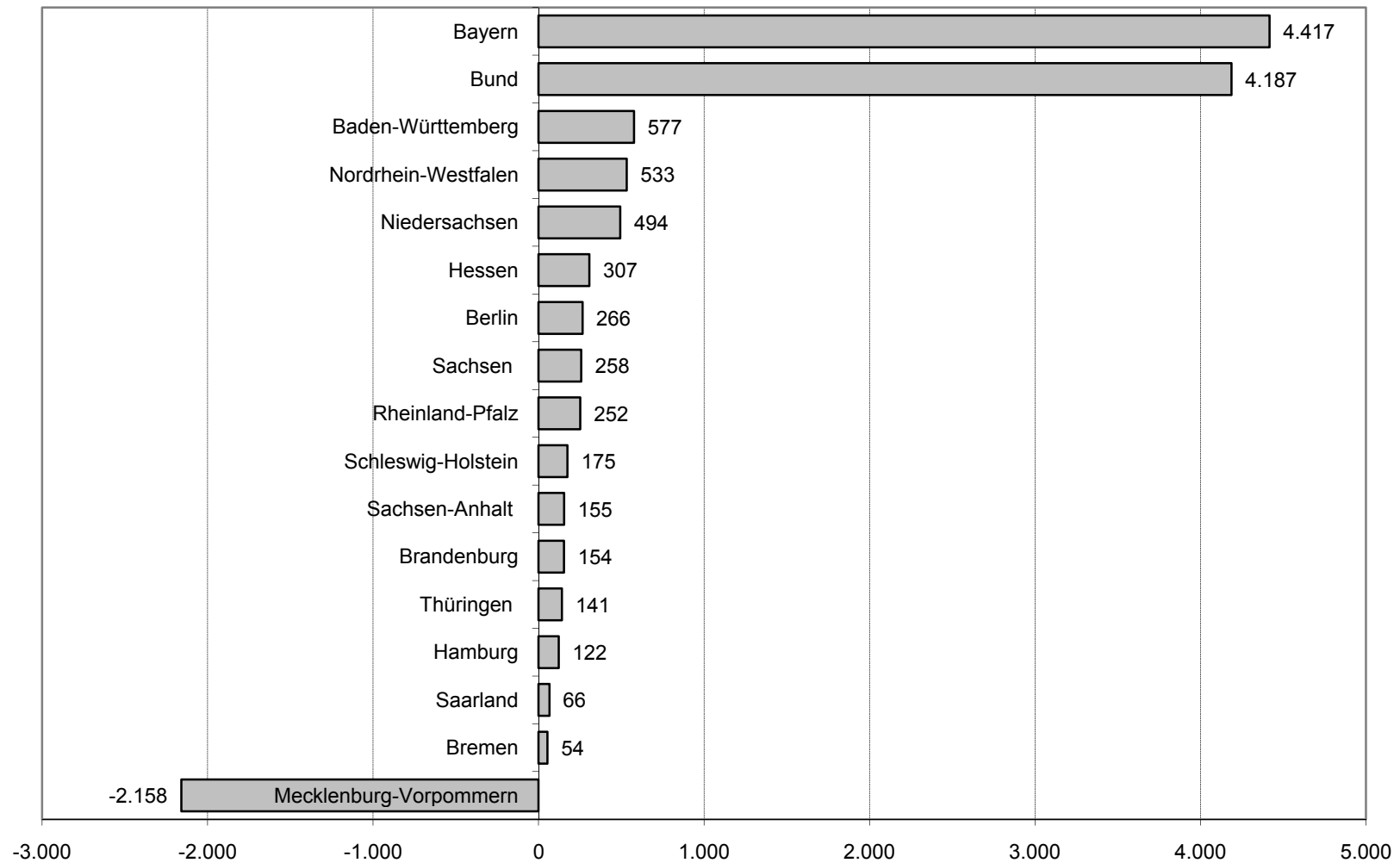
Quelle: Statistisches Bundesamt

Empirische Hinweise und Anreize zu Trittbrettfahrer-Verhalten

StudienanfängerInnenquote 2007 (in Prozent der altersspezifischen Bevölkerung)			
Bundesland	insgesamt	männlich	weiblich
Bremen	58,2	60,7	55,9
Hamburg	51,6	56,9	46,7
Berlin	45,7	45,5	46,0
Hessen	40,7	40,8	40,7
Rheinland-Pfalz	37,4	34,8	40,1
Baden-Württemberg	36,6	37,3	35,9
Bayern	35,1	34,8	35,6
Nordrhein-Westfalen	34,4	35,1	33,7
Sachsen	33,1	34,2	31,8
Saarland	30,5	27,6	33,5
Thüringen	30,3	28,2	32,6
Niedersachsen	26,9	25,8	28,1
Mecklenburg-Vorpommern	26,5	24,2	29,1
Sachsen-Anhalt	26,1	24,3	28,0
Schleswig-Holstein	25,8	26,5	25,3
Brandenburg	22,3	20,4	24,4
Deutschland	34,4	34,2	34,6

Quelle: Statistisches Bundesamt

Empirische Hinweise und Anreize zu Trittbrettfahrer-Verhalten



Quelle: Stettes

Lösungsvorschläge

- Bundesverantwortung oder gemeinsame Verantwortung Bund und Länder
 - Verbindliche Quoten mit Strafzahlungen
Idee analog Ausbildungsplatzumlage. Wie die Quoten erreicht werden (Gesamtschule, Gebührenfreiheit...) ist Ländersache.
 - Indexierung der Bildungsausgaben
- ➔ Wechsel der derzeitigen Politik